



Absender

Eingangsstempel

An das LFI M-V über
PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Werderstraße 74b
19055 Schwerin

Aktenzeichen

HFD

-

-

Nur von der Bewilligungsstelle auszufüllen!

Aktenzeichen

Nur von PwC auszufüllen!

ANTRAG UND MITTELANFORDERUNG auf Gewährung eines Härtefalldarlehens zur Milderung der Folgen des Ukraine- Krieges in der Wirtschaft durch Sicherung des Zugangs zu Finanzmitteln aus dem Härtefallfonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Antrag bitte vollständig ausfüllen!

Bei bitte Zutreffendes ankreuzen!

Hinweis: Der Antrag ist bei der **PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft** einzureichen. Der Antrag muss alle zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung erforderlichen Angaben enthalten. Zusätzliche Unterlagen sind auf Anforderung der Antrag annehmenden Stelle vorzulegen. Die Bewilligungsstelle entscheidet über Förderfähigkeit, Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird teilweise auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten für alle Geschlechter.

1. Antragsteller

1.1 Name des Antragstellers/des Unternehmens

1.2 Straße

1.3 Nr.

1.4 Postleitzahl

1.5 Ort

1.6 Ansprechpartner

1.7 E-Mail

1.8 Telefon

1.9 Mobiltelefon

1.10 Telefax

1.11 Rechtsform (Nachweis der Rechtsform beifügen)

1.12 Handelsregisternummer (wenn vorhanden)

1.13 Zuständiges Finanzamt

1.14 Steuer-ID (bei Privatpersonen)

1.15 Steuernummer

1.16 Umsatzsteuer-ID (bei juristischen Personen)

1.17 Wirtschaftszweig

1.18 Der Antragsteller ist ein

- Kleinunternehmen mit weniger als 10 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz oder einer Jahresbilanzsumme von höchstens 2 Mio. EUR
- kleines Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz oder einer Jahresbilanzsumme von höchstens 10 Mio. EUR
- mittleres Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR oder einer Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Mio. EUR gemäß der „Erklärung zu bestehenden Unternehmensbeteiligungen“ (gesondertes Formular)

Bei **Einzelunternehmen** bitte die persönlichen Angaben vervollständigen. Bei einer **GbR** sind die persönlichen Angaben für alle Gesellschafter erforderlich und entsprechend auf gesonderter Anlage beizufügen.

1.19 Name (wenn abweichend von Ziffer 1.1)

1.20 Vorname

1.21 Geburtsdatum

1.22 Wird die Tätigkeit als Soloselbständiger oder Freiberufler im Haupterwerb ausgeübt?

- Ja
 Nein

1.23 Handelt es sich beim Antragsteller um ein öffentliches Unternehmen oder eine Einrichtung, an denen die öffentliche Hand mittelbar oder unmittelbar mit mehr als 50 % des Kapitals oder der Stimmrechte beteiligt ist oder um Regiebetriebe, Eigenbetriebe, Kommunalunternehmen und Zweckverbände von Kommunen?

- Ja
 Nein

1.24 Handelt es sich bei einem Gemeinnützigen Unternehmen um einen steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb im Sinne des § 64 AO?

- Ja
 Nein

5. Anlagen zum Antrag

Dem Antrag sind folgende aktuelle Unterlagen (soweit zutreffend) beizufügen

- Zusatzfragebogen Härtefalldarlehen
- Fragebogen zu Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit
- Kopie der Handelsregistereintragung
- Kopie der Gewerbeanmeldung
- Formblatt „Erklärung zu bestehenden Unternehmensbeteiligungen“
- Formblatt zur Legitimationsprüfung
- Ablehnungsschreiben der Hausbank, welches belegt, dass der Antragsteller nicht das KfW-Sonderprogramm UBR 2022-Mittelstand oder ein Hausbankdarlehen nutzen kann oder der Antragsteller benennt die Gründe für das Fehlen einer formalen Antragsberechtigung beim KfW-Programm
- Jahresabschlüsse der letzten 3 Jahre bzw. des Unternehmensbestehens, wenn < 3 Jahre
- Unterlagen zu weiteren Finanzierungshilfen und Zuwendungen
- aktuelle De-minimis-Erklärung/en

Der Antrag kann erst bearbeitet werden, wenn alle geforderten Unterlagen vorliegen. Die Einholung weiterer Auskünfte und Unterlagen zum Zwecke der Entscheidung über den Förderantrag bleibt der Antrag annehmenden Stelle vorbehalten.

6. Hinweise/Erklärungen

- 6.1 Dem Antragsteller ist bekannt, dass vorsätzlich oder leichtfertig gemachte falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Betrug (§ 263 StGB) oder Subventionsbetrug (§ 264 StGB) zur Folge haben können.
- 6.2 Der Antragsteller bestätigt, dass der Bewilligungsbehörde und PwC auf Verlangen die zur Aufklärung des Sachverhalts und Bearbeitung des Antrags erforderlichen Unterlagen und Informationen unverzüglich zur Verfügung gestellt werden.
- 6.3 Dem Antragsteller ist bewusst, dass das Landesförderinstitut M-V als mitteilungspflichtige Stelle den Finanzbehörden die oben genannten Daten mitteilt, vgl. § 13 der Mitteilungsverordnung vom 7. September 1993 (BGBl. I S. 1554), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 18. November 2020 (BGBl. I S. 2449) geändert worden ist.
- 6.4 Der Antragsteller bestätigt, dass kein weiterer Antrag für den Verbund (oder einen Teil des Verbundes) gestellt worden ist/gestellt wird.
- 6.5 Der Antragsteller erklärt, dass zum Zeitpunkt der Antragstellung über sein Vermögen kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist und von ihm keine eidesstattliche Versicherung abgegeben wurde.
- 6.6 Der Antragsteller erklärt sein Einverständnis, dass Angaben über alle gewährten Zuwendungen, Angaben über die einzelnen geförderten Vorhaben und die Zuwendungsempfänger sowie die Höhe der jeweils bereit gestellten Mittel einzeln oder insgesamt durch die Bewilligungsbehörde oder das zuständige Ministerium veröffentlicht werden dürfen.
- 6.7 Prüfrechte
Zur Überprüfung der Berechtigung der Hilfe kann durch die Bewilligungsbehörde oder deren Beauftragte sowie den Landesrechnungshof Mecklenburg-Vorpommern Einsicht in die Bücher, Belege und sonstige mit dem Vorhaben in Zusammenhang stehende Geschäftsunterlagen verlangt werden sowie In-Augenscheinnahmen vor Ort durchgeführt werden.

6.8 Hinweis zum Datenschutz

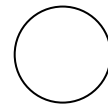
Die dem Förderantrag beigefügten bzw. im Downloadbereich zum Förderprogramm zusammen mit den Antragsdokumenten zur Verfügung gestellten Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zum Umgang seiner personenbezogenen Daten und zu seinen Rechten hat der Antragsteller zur Kenntnis genommen.

7. Eidesstattliche Versicherung

- Der Antragsteller versichert an Eides statt, dass er alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen und wahrheitsgetreu vorgenommen hat.
Über jede wesentliche Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Unternehmens und der vorgenannten Angaben während des Antragsverfahrens wird der Antragsteller unaufgefordert berichten.

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift/en



Stempel
Antragsteller